

Sehr geehrte Abonent_innen,

Wenn Sie Tagungshinweise, Kongressankündigungen oder sonstige aktuelle Informationen aus der Jugendhilfe im ForE Online veröffentlichen möchten, schicken Sie diese bitte an: igfh@igfh.de oder lydia.tomaschowski@igfh.de

Ihre

Lydia Tomaschowski

EmMi Luebeskind-Fachtagung „Der Kinder- und Jugendhilfe entwachsen“ am 28. April 2017 in Berlin

EREV-Bundesfachtagung „Lust auf Neues?! Migration, Inklusion und mehr“ vom 22.-24. Mai 2017 in Bamberg

Vehemente Kritik der Verbände am geplanten Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht

15. Kinder- und Jugendbericht mit begleitender Jugendbroschüre veröffentlicht

Erweiterte Wanderausstellung zur Heimerziehung in Baden-Württemberg bis 31. März in Karlsruhe

Bundesfamilienministerium veröffentlicht erstmalig Daten zum Ausbaustand und Betreuungsbedarf von 3-11-jährigen Kindern

Mehr rassistisch motivierte Angriffe auf Flüchtlingskinder in 2016

Enquetekommission für Kinderschutz und Kinderrechte in Hamburg

EmMi Luebeskind-Fachtagung „Der Kinder- und Jugendhilfe entwachsen“ am 28. April 2017 in Berlin

Die Gemeinnützige Gesellschaft EmMi Luebeskind lädt am 28. April 2017 zur Fachtagung „Der Kinder- und Jugendhilfe entwachsen“ ins Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) nach Berlin ein. Im Zentrum der Veranstaltung stehen die Zielgruppen Pflegekinder im Erwachsenenalter und Care Leaver.

Unter dem Titel „Eine gute Entwicklung von Pflegekindern im Erwachsenenalter“ präsentieren Prof. Dr. Klaus Wolf und Dr. Daniela Reimer – Mitglieder der Forschungsgruppe Pflegekinder der Universität Siegen – zentrale Ergebnisse und Erkenntnisse einer Langzeitstudie und stellen diese zur Diskussion. Im Mittelpunkt der Studie steht die Untersuchung der Entwicklung von (ehemaligen) Pflegekindern im Erwachsenenalter in Bezug auf die eigene Entwicklung der jungen Erwachsenen, die Entwicklung der Beziehung mit der Pflegefamilie und zu den Mitgliedern der Herkunftsfamilie. Im Anschluss widmet sich unter dem Titel „Endlich oder leider volljährig?“ Christian Wolter – Vorsitzender des Careleaver e.V – den Alltags-Erkenntnissen von jungen Care Leavern. Moderiert wird die Veranstaltung von Prof. Dr. Friedrich Look, Stifter und Vorstand der Gemeinnützige Gesellschaft EmMi Luebeskind. Die Eröffnungsrede hält Staatssekretärin Caren Marks. Im Mai letzten Jahres hatte die IGfH mit dem Careleaver Verein und der Uni Hildesheim ein Care Leaver Hearing mit Verbänden und Politiker_innen sowie Caren Marks ausgerichtet, welches politisch-fachliche Forderungen bündelte.

Die Fachtagung findet von 11 bis 14 Uhr statt, nähere Informationen finden Sie [hier](#). Die Veranstaltung ist öffentlich und der Eintritt frei. Aufgrund der begrenzten Platzzahl ist eine [Anmeldung](#) erforderlich.

EREV-Bundesfachtagung „Lust auf Neues?! Migration, Inklusion und mehr“ vom 22.-24. Mai 2017 in Bamberg

Vom 22. bis 24. Mai 2017 veranstaltet der Evangelische Erziehungsverband (EREV) die Bundesfachtagung „Lust auf Neues?! Migration, Inklusion und mehr“ in Bamberg. Fragezeichen und Ausrufezeichen im Titel verweisen auf ein Spannungsfeld der Jugendhilfe im gegenwärtigen Wandel. Flüchtlingsbewegungen und Gesetzgebungsverfahren auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft stellen die Jugendhilfe vor neue Herausforderungen; die Folgen lassen sich schwer planen und sind nicht sicher zu bewältigen. Andererseits stellen die Herausforderungen auch etwas Spannendes und Neues für die Jugendhilfe und ihre Fachkräfte dar, die versuchen mit Lust und Neugier, fachliche Wege für das Unerwartbare zu finden. In diesem Sinne lädt die Tagung Fachkräfte dazu ein, neue Perspektiven und Methoden zu betrachten, Erfahrungen zu vernetzen und vorhandene Möglichkeiten und Herangehensweisen zu entwickeln. Fünf Fachforen beschäftigen sich u. a. mit digitalen Medien und Asylpolitik. Zahlreiche praxisorientierte Arbeitskreise geben Einblicke in praktische Erfahrungen, neue Methoden und Forschungsprojekte u. a. zu geflüchteten Kindern in Pflegefamilien, Care Leavern, Prävention von Gewalt in der Heimerziehung und von Rechtsextremismus. Ein morgendliches Angebot (u. a. Qi Gong) und ein umfassendes Abendprogramm auf der Tagung geben Platz für weiteren Austausch und Anregung. Anmeldeschluss ist der 20. März 2017.

Informationen zum Programm der Tagung und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie [hier](#).

Vehemente Kritik der Verbände am geplanten Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht

Zahlreiche Verbände und Organisationen kritisieren in einer gemeinsamen Presseerklärung den Entwurf des Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht, der direkt und indirekt gegen elementare Kinderrechte verstößt. Sie fordern, das Wohl der betroffenen Kinder vorrangig zu berücksichtigen. Der Gesetzesentwurf ist Teil des 15-Punkte-Plans von Bund und Ländern, der u. a. schnellere Abschiebungen aus Erstaufnahmeeinrichtungen zum Ziel hat.

Kritik üben Verbände u. a. an der geplanten unbefristeten Pflicht zum Verbleib in Erstaufnahmeein-

richtungen während des gesamten Asylverfahrens. Dies wäre insbesondere für Kinder und Jugendliche mit erheblichen Nachteilen verbunden; ihnen bliebe über Jahre hinweg nicht nur insbesondere der Zugang zu Kita, Schule und Ausbildung verwehrt, sondern stark eingeschränkt blieben auch der Zugang zu Gesundheitsversorgung und Freizeitangeboten sowie die gesellschaftliche Teilhabe. Die Unterbringung in einer Erstaufnahmeeinrichtung stellt zudem prekäre Wohnbedingungen, eine Versorgung durch Sachleistungen und eine mangelnde Privatsphäre dar, und damit kein sicheres und entwicklungsförderndes Umfeld für Kinder und Jugendliche. Um das Kindeswohl sicher zu stellen, fordern Verbände, die vorgesehene Regelung ersatzlos zu streichen oder zumindest zwingende Ausnahmen für Familien mit Kindern einzuführen. Kritik wird ebenso an der Verpflichtung der Jugendämter zur unverzüglichen Stellung eines Asylantrags geübt, die nicht in jedem Fall im Sinne des Kindeswohls sei. Sie fordern deshalb ein – der Entscheidung vorausgehendes – fachlich fundiertes asyl- und aufenthaltsrechtliches Clearing und die dafür notwendige Qualifizierung der Mitarbeiter_innen der Jugendämter. Der Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (BumF) hebt hervor, dass zu keiner der im Gesetzesentwurf formulierten Maßnahmen, die sich auf das Leben der Kinder und Jugendliche auswirken, eine erkennbare Abwägung mit dem Wohl der Kinder stattgefunden habe, wie dies UN-Kinderrechtskonvention und Europäische Grundrechtecharta vorschrieben. Bereits im März soll das Gesetz in Kraft treten.

Den Gesetzesentwurf und Stellungnahmen der Verbände finden Sie [hier](#).

15. Kinder- und Jugendbericht mit begleitender Jugendbroschüre veröffentlicht

Den 15. Kinder- und Jugendbericht mit dem Titel „Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter“ hat die Bundesregierung Anfang Februar veröffentlicht. Erarbeitet hat diesen eine unabhängige Sachverständigenkommission unter der Leitung von Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Direktor des Deutschen Jugendinstituts (DJI). Auf etwa 450 Seiten wird das Jugendalter explizit in den Mittelpunkt der Berichterstattung gestellt, die zum ersten Mal auch die Sichtweisen von Jugendlichen selbst aufgreift. Den Bericht begleitet eine Jugendbroschüre, in welcher zentrale Themen aus der Sicht von Jungredakteur_innen verständlich aufbereitet wurden.

Der 15. Kinder- und Jugendbericht beinhaltet eine empirische Bestandsaufnahme der Lebenslagen Jugendlicher und junger Erwachsener und untersucht die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ihres Aufwachsens. Ein besonderes Augenmerk legen die Autor_innen dabei auf Qualifizierung und Verselbstständigung als Kernherausforderungen des Jugendalters. Es werden Alltagsleben, Ausdrucksformen und Handlungsräume von Jugendlichen untersucht. Ein weiteres Kapitel widmet sich den Einflüssen der Digitalisierung, ein nächstes unterzieht die Entwicklung der Ganztagschule einer systematischen Betrachtung. Der Bericht analysiert überdies die Situation der sozialen Dienste und der Kinder- und Jugendarbeit. Die Herausforderungen, vor denen die Kinder- und Jugendhilfe im Anbetracht des gesellschaftlichen Wandels steht, werden durch die Ausführung u. a. der Aspekte Inklusionsanspruch, Ganztagschule, Partizipation und Flucht deutlich. Mit dem Plädoyer „Jugend ermöglichen“ schließt die Dokumentation und akzentuiert damit eine Neuorientierung von Politik und Gesellschaft und insbesondere die Anforderung, Jugend nicht als individuell zu bewältigende Aufgabe zu begreifen, sondern sich in der Verantwortung zu sehen, Bedingungen und Angebote zu schaffen, unter denen die jungen Menschen die für das Jugendalter spezifischen Herausforderungen bewältigen können.

Der Bericht sowie die begleitende Jugendbroschüre können [hier](#) abgerufen werden.

Erweiterte Wanderausstellung zur Heimerziehung in Baden-Württemberg bis 31. März in Karlsruhe

Zurzeit gastiert im Generallandesarchiv Karlsruhe die Wanderausstellung des Landesarchivs Baden-Württemberg „Verwahrlost und gefährdet? Heimerziehung in Baden-Württemberg 1949-1975“. Mit der Ausstellung, die im Sommer 2015 startete, arbeitet das Land Baden-Württemberg das leidvolle Schicksal von Heimkindern auf, die in den Heimen – oft aus trivialen Gründen eingewiesen – täglich psychische und körperliche Gewalt erlitten.

Anhand von Bildern und Dokumenten – u. a. Speisepläne, Aktenauszüge, Briefe – gibt die Ausstellung Einblicke in den Alltag von Säuglings-, Kinder- und Jugendheimen der Nachkriegszeit und ergänzt diese durch Berichte und Filme von betroffenen Zeitzeugen. In Karlsruhe wurde die Ausstellung erweitert durch eine Sammlung von etwa 11.000 Original-Dokumenten aus der Zwangserziehungsanstalt Flehingen (bei Karlsruhe). Sie dokumentieren repressive Erziehungsmethoden und die Lebensumstände der dort lebenden Jugendlichen von 1900 bis 1984. Die sogenannten Zöglings-Akten sind zum ersten Mal öffentlich zu sehen und stellen laut Vizechef des Archivs, Jürgen Treffeisen, eine Rarität dar.

Die Ausstellung beschreibt nicht nur das System der Heimerziehung, sondern auch die Rolle der Jugendämter beim Prozess der Heimeinweisung und die Aufsicht sowie Kontrolle der Träger und Einrichtungen. Neben der historischen Darstellung der Heimerziehung will die Ausstellung auch einen Ausblick in die heutige Heimlandschaft und Jugendhilfe geben und Betroffenen bei der Aufarbeitung ihrer Vergangenheit helfen.

Noch bis zum 31. März dieses Jahres kann die Ausstellung im Generallandesarchiv Karlsruhe besucht werden; der Eintritt ist frei. Weitere Informationen zur Ausstellung finden Sie [hier](#).

Bundesfamilienministerium veröffentlicht erstmalig Daten zum Ausbaustand und Betreuungsbedarf von 3-11-jährigen Kindern

Vor kurzem legte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aktuelle Zahlen zum Ausbaustand und zum Betreuungsbedarf in der Kindertagesbetreuung in Deutschland vor. In der Broschüre „Kindertagesbetreuung Kompakt: Ausbaustand und Bedarf 2016“ informiert sie über Betreuungszahlen und -bedarfe für die Altersgruppen der Kinder unter drei Jahren und legt erstmalig Daten zu Kindern zwischen drei und fünf Jahren sowie für Grundschulkindern bis unter elf Jahren vor.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass der Ausbau der Kindertagesbetreuung in allen Altersgruppen nicht ausreichend ist. Insbesondere der Betreuungsbedarf für Kinder unter drei Jahren ist weiter (auf 46 Prozent) gestiegen; betreut werden konnten in 2016 jedoch lediglich knapp 33 Prozent. Zudem besteht ein größerer Bedarf der Eltern an Ganztagsangeboten als noch im Vorjahr. Weitestgehend gedeckt sind die Betreuungsbedarfe bei den Drei- bis Fünfjährigen; von der Hälfte der Eltern wird jedoch eine Ausweitung der Betreuungszeiten – dies insbesondere über die Kernzeit von 8 bis 17 Uhr hinaus – gewünscht. Auch ein Teil der Eltern von Grundschulkindern von sechs bis unter elf Jahren wünscht sich eine Ausweitung von Betreuungszeiten. So zeigten nicht nur Eltern der Kinder ohne Betreuungsangebot nach dem Unterricht einen zusätzlichen Betreuungsbedarf, sondern ebenso Eltern von Kindern, die einen Hort besuchen als auch Eltern von Ganztags Schüler_innen.

Den bedarfsgerechten Ausbau und die Verbesserung der Qualität der Kindertagesbetreuung will das BMFSFJ mit einem Investitionsprogramm fördern, das zusätzliche 100.000 Betreuungsplätze für Kinder bis zum Schuleintritt schaffen will. Zudem sollen mit dem Bundesprogramm „KitaPlus: Weil gute Betreuung keine Frage der Uhrzeit ist“ Kindertagespflegestellen und Horte finanziell gefördert werden, die ihre Betreuungszeiten bedarfsgerechter gestalten.

Die Broschüre „Kindertagesbetreuung Kompakt: Ausbaustand und Bedarf 2016“ kann [hier](#) eingesehen werden.

Mehr rassistisch motivierte Angriffe auf Flüchtlingskinder in 2016

Immer häufiger und immer jünger werden ausländische Kinder aufgrund ihrer Herkunft das Ziel fremdenfeindlicher Attacken. Dies ergaben Recherchen des ARD-Magazins "FAKT", das Ende Januar einen TV-Beitrag zum Thema sendete. Im vergangenen Jahr registrierten alle sieben Beratungsstellen für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt einen massiven Anstieg von Gewalt gegen Flüchtlingskinder. 2015 waren es 179 Fälle, 2016 wurden mindestens 261 Kinder Opfer. Den Spitzenwert der Statistik stellt 2016 Sachsen mit 63 Gewalttaten gegenüber ausländischen Kindern dar. Registriert werden von den Opferberatungen Fälle von Körperverletzungen, versuchter Körperverletzung sowie massiver Bedrohungen aus politischen und rassistischen Motiven. Die Beratungsstellen haben jedoch nicht von allen Fällen Kenntnis; eine hohe Dunkelziffer wird vermutet. Deutlich wird, dass die Hemmschwelle zur Gewalt gegenüber ausländischen Kindern gesunken ist. Als Ursache des Anstiegs von rassistisch motivierten Angriffen gegen ausländische Kinder macht Rechtsextremismus-Forscher Matthias Quent die derzeitige Stimmung in Deutschland mitverantwortlich. Unter anderem aufgrund von Pegida- und rechtspopulistischer Mobilisierung sowie Hasskommentaren in den sozialen Netzwerken, dem Rechtsruck in Deutschland, bekämen Gewalttäter das Gefühl im Sinne einer größeren Mehrheit zu handeln. Flüchtlingskinder würden auch deshalb als Opfer ausgesucht, weil die Täter glaubten, sie könnten sich nicht wehren und hätten keine Fürsprecher in der Gesellschaft, so Quent.

Näheres finden Sie [hier](#).

Enquetekommission für Kinderschutz und Kinderrechte in Hamburg

Ende Dezember 2016 hat eine Enquetekommission zur Stärkung von Kinderschutz und Kinderrechten in Hamburg ihre Arbeit aufgenommen. Zu ihren Zielen gehören – laut Website der Kommission – die Überprüfung, Weiterentwicklung, Umsetzung und Einhaltung gesetzlicher Grundlagen, fachlicher Standards und Regeln in der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Verbesserung der Interaktion der verschiedenen Systeme und Akteurinnen und Akteure. Zum Vorsitzenden wählte die Kommission Prof. Dr. Christian Schrapper (Universität Koblenz Landau), als Stellvertreterin Sabine Boedinghaus (Fraktionschefin der Linken) für 2017 sowie Daniel Oetzel (FDP) für 2018. Der Kommission gehören neben neun Abgeordneten der Bürgerschaft neun externe Sachverständige an. Die Sachverständigen sind Henriette Katzenstein, Prof. Dr. Fabian Kessl, Dr. Heinz Kindler, Prof. Dr. Thomas Möbius, Prof. Dr. Ludwig Salgo, Prof. Dr. Christian Schrapper (Vorsitz), Prof. Dr. Ulrike Urban-Stahl und Prof. Dr. Dr. Reinhard Wiesner. Bis Ende Oktober 2018 soll die Kommission konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Kinder- und Jugendhilfesystems in Hamburg formulieren. Diese wurde vor dem Hintergrund mehrerer Fälle von Kindesmisshandlungen in jüngster Vergangenheit gegründet. Weitere Informationen zur Kommission finden Sie [hier](#).
